



**RUBRIKEN:**  
**AUS DER POLITIK, WISSEN, LIGA-INNENLEBEN.**

# STROMKUNDEN MAGAZIN

## ENERGIEPOLITIK IM BASELBIET:

- ▶ **DER LANDRAT IN AKTION**
- ▶ **ERFOLGREICHER RUNDER TISCH ENERGIE**
- ▶ **ZUKÜNFTIGE ENERGIE-STRATEGIE BL**
- ▶ **DIE GRÜNEN-INITIATIVE MIT GUTER ABSICHT, ABER FALSCHEM INSTRUMENT**



**LIGA BASELBIETER  
STROMKUNDEN**

*Zukunftsorientierte Energiepolitik*

## INHALTE:

### Editorial

Von lic. rer. pol. Christoph Buser .....2

### Energiepolitik im Baselbiet:

Manchmal wäre weniger (energie-)effizienter .....3

Neueste Informationen vom Runden Tisch Energie .....4

Interview mit Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro .....5

Chancen der zukünftigen Energiestrategie BL .....7

Die Grünen-Initiative: Gute Absicht, falsches Instrument .....8

### Wissen:

Liberalisierung des Strommarktes .....6

### Richtig oder falsch

Stärkere Vorschriften an kantonale EVUs .....10

### Ja, aber...

Investitionen in die Stromproduktion im Ausland .....12

### Liga Innenleben

Energie-Events und weitere Aktivitäten .....14

## IMPRESSUM:

Das Stromkunden-Magazin ist eine offizielle Publikation der Liga Baselbieter Stromkunden.

### Herausgeberin:

Liga Baselbieter Stromkunden  
Postfach 633, 4410 Liestal  
info@stromkunden-bl.ch  
www.stromkunden-bl.ch

**Verantwortung:** lic. rer. pol. Christoph Buser, Präsident

**Redaktion:** Saskia Schenker

**Layout:** Michael Primessnig

Wiedergabe von Beiträgen nur mit schriftlicher Einwilligung der Redaktion sowie Quellenhinweis.

### Bildnachweise:

Cover: istockphoto.com; Seiten 3/6/8: istockphoto.com; Seiten 4/5: BUD; Seite 7: Marc Schürch; Seiten 8/9/12/13: Liga, Windpark EBM Andalusien; Seiten 10/11: Liga, Fresnel-Solkraftwerk EBL Murcia; Seiten 14/15: Liga/EBM.

© September 2012 Liga Baselbieter Stromkunden.

## EDITORIAL

Die Diskussionen und Arbeiten rund um die zukünftige Energiestrategie unseres Kantons sind in vollem Gange. Während das Thema Energie im Landrat weiterhin Aktivitäten, wenn nicht sogar Aktionismus auslöst, arbeitet ein Expertengremium unter der Leitung der Energie-Direktorin am «Runden Tisch Energie» intensiv an den neuen Schwerpunkten zur Überarbeitung der kantonalen Energiestrategie.

Es freut mich, dass dieser «Runde Tisch» noch vor den Sommerferien wichtige Anträge für Eckpfeiler der künftigen Baselbieter Energiestrategie formuliert hat. Als Vertreter der KMU-Wirtschaft und unserer Stromkunden-Liga habe ich in diesem Prozess aktiv mitgearbeitet. Die nun formulierten Eckpfeiler sind zukunfts- und wirkungsorientiert. Sie legen den Schwerpunkt auf die Energieeffizienz, bei welcher in unserem Kanton noch grosse Verbesserungspotenziale vorhanden sind. Und sie fördern den Einsatz erneuerbarer Energien auf sinnvolle Art und Weise. Kantonale Gelder werden dort eingesetzt, wo sie die grösste Wirkung erzielen – ein Faktum, das unsere Steuerzahler erwarten dürfen. Jetzt ist zu wünschen, dass dieser im schweizweiten Vergleich pionierhafte Weg des Baselbiets auf grossen Anklang stösst und breite politische Unterstützung erfährt.

Die Liga Baselbieter Stromkunden kann auf ein spannendes und engagiertes erstes halbes Jahr 2012 zurückblicken. Neben dem erwähnten Engagement am Runden Tisch Energie und im Landrat, fanden wiederum sehr gut besuchte Energie-Events statt. Diese ermöglichen Ihnen als Liga-Mitglied, sich in die Diskussion über die Energiepolitik in unserem Kanton einzubringen. Gleichzeitig werden interessante energiepolitische Themen von verschiedenen Seiten analysiert.

Dasselbe Ziel verfolgt auch das vorliegende Stromkunden-Magazin. Es erscheint zweimal pro Jahr und konzentriert sich insbesondere auf das politische Geschehen rund um das Thema Energie. Es kommen wiederum verschiedene Akteure aus Politik und Wirtschaft zu Wort. Und natürlich erfahren Sie mehr über die Aktivitäten der Liga. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.



**LIC. RER. POL. CHRISTOPH BUSER,**  
Landrat, Präsident der  
Liga Baselbieter Stromkunden

lic. rer. pol. Christoph Buser  
Landrat, Präsident der  
Liga Baselbieter Stromkunden

# ENERGIEPOLITIK IM BASELBIET: MANCHMAL WÄRE WENIGER (ENERGIE-) EFFIZIENTER

DIE LANDRATSSITZUNGEN VOM 9. FEBRUAR UND VOM 29. MÄRZ 2012 WAREN SYMBOLISCH FÜR DEN ZUSTAND DER ENERGIEPOLITIK IM KANTON BASELSTADT. DIE LANDRÄTINNEN UND LANDRÄTE WAREN SICH VON LINKS BIS RECHTS ZWAR EINIG, DASS DEM THEMA ENERGIE IN DER BASELBIETER POLITIK UND IN DER ÖFFENTLICHKEIT EIN HOHER STELLENWERT ZUKOMMT, UND DASS DER PARADIGMENWECHSEL IN EINE ZUKUNFT OHNE NUKLEARENERGIE VOLLZOGEN WERDEN MUSS. WIE DIE ZUKÜNFTIGE ENERGIEPOLITIK IN UNSEREM KANTON ABER KONKRET AUSSEHEN SOLL, DARÜBER SCHIEDEN SICH IM PARLAMENT DIE GEISTER.

Der Landrat begrüsst in den Debatten vom 9. Februar und vom 29. März 2012 sowohl den Runden Tisch Energie von Regierungsrätin Pegoraro als auch das bereits vor drei Jahren lancierte und erfolgreich laufende «Baselbieter Energiepaket». Einer Fülle von energiepolitischen Vorstössen des umtriebigen Grünen Landrats Klaus Kirchmayr war es jedoch in beiden Debatten zu verdanken, dass sich der Landrat dazu verleiten liess, gleich mehrere energiepolitische Massnahmen doppelspurig zur Prüfung in Auftrag zu geben. Mit seiner Motion «Totalrevision des kantonalen Energiegesetzes» erreichte Kirchmayr sogar, dass die bereits für dieses Jahr in Aussicht gestellte Teilrevision des Energiegesetzes zurückgestellt werden muss und nun in einer Totalrevision mündet. Gleichzeitig wurden etliche weitere Postulate und Motionen zur Energiepolitik überwiesen. Mit diesem Vorgehen werden bedeutende Ressourcen der Verwaltung gebunden, die wohl besser genutzt werden könnten, nämlich für die rasche Überarbeitung der Energiestrategie und für die Teilrevision des Energiegesetzes.

Grundsätzlich muss festgestellt werden, dass der aktuelle Landrat praktisch sämtliche energiepolitischen Vorstösse überweist, unabhängig davon, ob an einem Grossteil der Anliegen nicht bereits schon in der Verwaltung, bei den Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) und in der Wirtschaft gearbeitet wird. So investieren die Baselbieter EVU mit grossem Engagement in die Produktion erneuerbarer Energie im In- und Ausland. Die EBL verfolgt mit ihrer «Vision 2020» die Absicht, gegen 30% vom Energieabsatz für Strom und Wärme bis zum Jahr 2020 ausschliesslich aus erneuerbaren Energiequellen zu beziehen. Und die EBM verfolgt die Strategie, bis 2050 rund 80% des Stroms aus erneuerbaren Energien zu beziehen.

Zudem überprüft die Regierung derzeit unter Federführung von Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro zusammen mit Experten aus dem Energiebereich, der Wirtschaft und der Verwaltung die Energiestrategie aus dem Jahr 2008.

Der Zeitplan sieht also wie folgt aus: Die angepasste kantonale Energiestrategie soll noch in diesem Herbst dem Regierungsrat zum Beschluss vorgelegt werden. Sie muss dabei auch den Rahmen der nationalen Energiestrategie 2050 berücksichtigen und soll einen wichtigen Beitrag zum geordneten Ausstieg aus der Kernenergie leisten. Nach der Verabschiedung der kantonalen

Energiestrategie wird dann der Runde Tisch Energie erneut einberufen werden, diesmal auch mit politischer Beteiligung. Dannzumal kann die Politik die Umsetzung der Totalrevision des Energiegesetzes in Angriff nehmen.

Im Gegensatz zur Mehrheit des Landrats ist die Liga Baselbieter Stromkunden davon überzeugt, dass die von Kanton und Wirtschaft bereits aufgegleisten Aktivitäten eigentlich ausreichen und auch vom Parlament anerkannt und unterstützt werden sollten. Die Arbeit ist in diesen Massnahmen sinnvoller investiert, statt damit auf dem parlamentarischen Weg Massnahmen «auf Vorrat» zu beschliessen. Und die über alle Parteien hinweg bestehende Einigkeit, dass in unserem Kanton ein Paradigmenwechsel stattfinden soll, ist die beste Voraussetzung dafür, die Öffentlichkeit noch stärker für Energiefragen zu sensibilisieren. So kann gemeinsam erreicht werden, dass mit den bestehenden Instrumenten noch mehr bewirkt wird. So kann aber vor allem auch vermieden werden, dass ein «Überaktionismus» unserer Landrätinnen und Landräte zu Energieverlust statt zu Energieeffizienz in unserem Kanton führen.

*(siehe auch Artikel Seiten 8 und 9)*



# NEUESTE INFORMATIONEN VOM RUNDEN TISCH ENERGIE

## ENERGIEFONDS ZUR FINANZIERUNG DER KANTONALEN ENERGIEWENDE



### BILDLEGENDE (VON LINKS):

Franz Saladin, Hans Wach, Martin Pfisterer, Marc Schürch, Roland Dörig, Hans Büttiker, Alberto Isenburg, Sabine Pegoraro, Eric Nussbaumer, Christoph Buser, Walter Steinmann, Werner Maier, François Sandoz, Urs Steiner.

**MEDIENINFORMATION VOM  
29.06.2012 DER BAU- UND  
UMWELTSCHUTZDIREKTION**

**ZUR STEIGERUNG DER ENERGIEEFFIZIENZ IM GEBÄUDEBEREICH SOLL DAS BUDGET DES «BASELBIETER ENERGIEPAKETS» VERDREIFACHT WERDEN. ZUR FINANZIERUNG SOLL EIN ENERGIEFONDS GESCHAFFEN WERDEN, DER DURCH EINE ABGABE AUF NICHT ERNEUERBAREN ENERGIEN GESPIESSEN WIRD. DIESEN ANTRAG STELLEN DIE TEILNEHMENDEN DES RUNDEN TISCHS ENERGIE.**

Am Mittwoch, 27. Juni trafen sich die Teilnehmenden des Runden Tisches Energie zum dritten Mal. Thema waren die Eckpunkte der neuen Energiestrategie des Regierungsrates. Die wesentlichen Schwerpunkte dieser neuen Strategie konnten einver-

nehmlich verabschiedet werden. So empfiehlt der Runde Tisch eine Verdreifachung des Budgets für das bereits heute erfolgreiche «Baselbieter Energiepaket».

Im Gebäudebereich soll die Energieeffizienz weiter umgesetzt werden. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel sollen neu aus einem Energiefonds entnommen werden. Dieser wird primär durch eine Abgabe auf dem Ölverbrauch, aber auch auf dem Gasverbrauch und in dritter Priorität auf dem Stromverbrauch gespiessen. Öko-Strom-Nutzende sollen nicht belastet werden. Unter gewissen Bedingungen soll auch die Wirtschaft von der Abgabe befreit werden. Mit den Beiträgen aus dem Energiefonds soll die Finanzierung der kantonalen Energiewende transparent und nachvollziehbar erreicht werden.

Im Weiteren wurde der Ausbau der Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen diskutiert. Die neue Energiestrategie BL soll im Herbst dem Regierungsrat vorgelegt und anschliessend dem Landrat unterbreitet werden. Sie soll als Grundlage für die politische Diskussion über die vom Landrat geforderte Totalrevision des kantonalen Energiegesetzes dienen.

# ENERGIEWENDE BASELBIET

## INTERVIEW MIT REGIERUNGSPRÄSIDENTIN SABINE PEGORARO

NACH DEM 3. RUNDEN TISCH ENERGIE ZIEHT REGIERUNGSPRÄSIDENTIN SABINE PEGORARO EIN FAZIT ÜBER DIE VERABSCHIEDETEN SCHWERPUNKTE DER NEUEN ENERGIESTRATEGIE. DIESE SOLL NOCH IN DIESEM JAHR DEM LANDRAT VORGELEGT WERDEN.

**Frau Regierungspräsidentin, wie haben Sie den 3. Runden Tisch Energie erlebt?**

Sabine Pegoraro: Ich habe mich gefreut, dass der Runde Tisch auch dieses Mal wieder in Vollbesetzung tagen konnte. Wir durften eine sehr gute Präsentation der Eckpunkte unserer neuen Strategie erleben. Diese wurden anschliessend von den Teilnehmenden sehr konstruktiv diskutiert, was für mich äusserst wertvoll ist.

**Welches sind die wesentlichen Schwerpunkte der neuen Energiestrategie, die am 3. Runden Tisch Energie einvernehmlich verabschiedet wurden?**

Wir setzen weiterhin auf eine deutliche Energieeffizienzsteigerung. Das Budget zum Baselbieter Energiepaket soll deshalb verdreifacht werden. Die dafür benötigten 150 Millionen Franken sollen gemäss Vorschlag des Runden Tisches aus einem Energiefonds kommen, der primär gespeist wird aus einer Abgabe auf dem Verbrauch nicht erneuerbarer Energien. In erster Priorität auf dem Öl, dann auf dem Gas und zuletzt auf dem Strom.

Bezüger von Ökostrom sollen davon befreit sein. Unter noch genau zu definierenden Voraussetzungen sollen auch die Grossabnehmer entlastet werden können. Weiter wurden unter anderem auch der gezielte Ausbau der erneuerbaren Energien im Kanton und die Einführung einer kantonalen Koordinationsstelle für Energieprojekte besprochen.

**Bei der Überarbeitung der kantonalen Energiestrategie wird der Rahmen der nationalen Energiestrategie 2050 berücksichtigt. Was heisst das konkret?**

Das heisst, dass sich unsere Energiestrategie an die Rahmenbedingungen und Vorgaben des Bundes halten muss. Viele Themen der Energiewende, wie zum Beispiel die Sicherstellung der Stromversorgung, liegen im Kompetenzbereich des Bundes. Da ist unser Handlungsspielraum sehr eng. Einmal angenommen, es brauche Gaskombikraftwerke, so wäre es Pflicht des Kantons, die Standortsuche und die notwendigen Bewilligungsverfahren zu unterstützen.



SABINE PEGORARO, Regierungspräsidentin

**Die formulierte Gesetzesinitiative «Für sicheren und sauberen Strom - 100% Zukunft ohne Atomkraft» von der Grünen Partei Baselland kam Ende Oktober 2011 zustande. Der Regierungsrat empfahl dem Landrat die Ablehnung. Wo sehen Sie die Problematik der Initiative, die ja eigentlich einen Beitrag an den Atomausstieg leisten möchte?**

Ich unterstütze den Ausstieg, wie er vom Bund angestrebt wird. ABER: Die Energiewende können wir nur unter Einbezug aller Akteure schaffen. Ordnungspolitische Gebote und Vorschriften sind nur die ultima ratio. Wir wollen uns vernünftige und auch erreichbare Ziele setzen. Oberstes Gebot ist für mich die Versorgungssicherheit. Wir wollen nicht den Strom während ein paar Stunden pro Tag missen. Hier greift die Initiative mit ihren Folgen möglicherweise in Bundesrecht ein, denn wie gesagt: Die Sicherstellung der Stromversorgung ist Aufgabe des Bundes.

**Was sind nun die nächsten Schritte im Rahmen der Überarbeitung der kantonalen Energiestrategie, und welchen Zeithorizont streben Sie an?**

Im Herbst wird die Energiestrategie dem Regierungsrat zum Beschluss vorgelegt werden. Anschliessend wird der Landrat darüber debattieren. Die Energiestrategie und die Debatte sollen als Grundlage für die anstehende Totalrevision des kantonalen Energiegesetzes und der umzusetzenden Massnahmen dienen. Das letzte Wort wird sicher das Volk haben. Damit ist klar, dass wir für die Umsetzung der Energiestrategie einiges an Zeit benötigen werden.

# DIE LIBERALISIERUNG DES SCHWEIZER STROMMARKTES

SEIT DEM JAHR 2009 KÖNNEN UNTERNEHMEN, WELCHE MEHR ALS 100'000kWh STROM PRO JAHR BEZIEHEN (SOGENANNT «GROSSVERBRAUCHER»), IHREN STROMLIEFERANTEN SELBER AUSWÄHLEN. FÜR DIE WEITERE STROMMARKT-LIBERALISIERUNG SIND ELEKTRIZITÄTSVERSORGUNGSUNTERNEHMEN (EVU) DARAUF ANGEWIESEN, DASS KANTONALE GESETZE IHRE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IM LIBERALISIERTEN MARKT GEGENÜBER EVU MIT SITZ IN ANDEREN KANTONEN NICHT BENACHTEILIGEN.

Die ursprüngliche Planung sah vor, dass die vollständige Strommarktöffnung für alle Kunden bis ins Jahr 2014 vollzogen ist. Gemäss dem Bundesamt für Energie (BFE) zeigten die praktischen Erfahrungen seit Beginn 2009 jedoch, dass die Ziele der Marktöffnung, nämlich die Schaffung einer wettbewerbsorientierten und sicheren Stromversorgung sowie transparente Preise, nicht erreicht wurden. Anfang 2010 startete das BFE deshalb mit verschiedenen Arbeitsgruppen die Analyse der gesetzlichen Grundlagen für eine Revision des Stromversorgungsgesetzes (StromVG).

Während den Arbeiten haben sich gemäss BFE jedoch neue Fragestellungen ergeben, die ergänzende, vertiefte Abklärungen nötig machten. Aufgrund der Dringlichkeit der Ausarbeitung der neuen Energiestrategie 2050 wurden diese Arbeiten jedoch sistiert. Sie sollen im Laufe des Jahres 2012 in Abstimmung mit den Arbeiten zur Konkretisierung der Energiestrategie 2050 wieder aufgenommen werden. Das revidierte StromVG soll demnach per 1. Januar 2015 in Kraft treten. Gleichzeitig ist heute absehbar, dass die vollständige Strommarktliberalisierung voraussichtlich erst 2015 in Kraft treten wird.

## Was regelt das StromVG?

Das StromVG, das nun revidiert wird, wurde im März 2007 beschlossen und bis 2009 schrittweise in Kraft gesetzt. Es versucht, sowohl den Bedürfnissen nach Wettbewerb und Markt als auch nach einer möglichst hohen Versorgungssicherheit Rechnung zu tragen. Anders als bei der Stromproduktion und beim Stromvertrieb besteht im Netzbereich ein Monopol. Das StromVG regelt unter anderem die Gründung der nationalen Netzgesellschaft Swissgrid AG, die das Höchstspannungsnetz betreibt. Sie soll Missbräuche wie überhöhte Preise und die Abschöpfung von Monopolrenten verhindern. Das StromVG regelt auch die Einsetzung des Regulators (ELCOM). Diese unabhän-

gige Behörde soll unter anderem den liberalisierten Strommarkt überwachen.

## Kantonale Anschlussgesetzgebung im landrätlichen Prozess

Das StromVG gibt den Kantonen verschiedene Aufgaben vor, die diese auf Grundlage der Anschlussgesetzgebung erfüllen sollen. So haben die Kantone die Versorgungssicherheit für den Endkunden trotz des mit der Liberalisierung voraussichtlich zunehmenden Kostendrucks zu gewährleisten. Im Kanton Basel-Landschaft hat der Regierungsrat die Vorlage «Kantonale Anschlussgesetzgebung zum Bundesgesetz über die Stromversorgung» verabschiedet. Die Vorlage wird aktuell in der landrätlichen Umweltschutz- und Energiekommission beraten.

## Keine Wettbewerbsnachteile für kantonale EVU

In den kantonalen Anschlussgesetzgebungen können gewisse Leistungsaufträge an die im Kanton ansässigen EVU vorgesehen werden. Durch diese können den EVU, je nach Ausgestaltung, und sofern der Kanton keine klar definierte Abgeltung leistet, hohe Kosten entstehen, die auf die Kunden überwältzt werden müssen. In einem liberalisierten Strommarkt bedeutet das für die im Kanton ansässigen EVU noch weniger Spielraum bei der Preisgestaltung sowie Wettbewerbsnachteile gegenüber EVU mit Sitz in anderen Kantonen.

Für die Liga Baselbieter Stromkunden ist deshalb zentral, dass die Anschlussgesetzgebung in der landrätlichen Debatte nicht überladen wird. Es darf nicht sein, dass die EVU verpflichtet werden, weitergehende Auflagen zu erfüllen, als sie in der regierungsrätlichen Vorlage schon vorgesehen sind. Insbesondere vonseiten der Grünen Partei besteht die Tendenz, beispielsweise zusätzliche Lenkungsabgaben in das Gesetz packen zu wollen. Dafür ist aber die Anschlussgesetzgebung nicht vorgesehen.

# CHANCEN DER ZUKÜNFTIGEN ENERGIESTRATEGIE BASELLAND

## DR. MARC SCHÜRCH ZUR ÜBERARBEITUNG DER BASELBIETER ENERGIESTRATEGIE

Auf den ersten Blick mag es nicht opportun erscheinen, dass ein kleiner Kanton wie das Baselbiet bereits an eine Überarbeitung seiner Energiestrategie denkt. Denn die letzte Strategie datiert aus dem Jahre 2008. Doch im Zuge der Überarbeitung der Energiestrategie des Bundesrates respektive des Bundesamts für Energie (BFE) in der «Post-Fukushima-Ära» bietet sich für Kantone die Möglichkeit, sich aktiv einzubringen, wegweisende Entscheidungen mitzuprägen und das lokale Gewerbe zu stärken.

Sowohl das BFE, wie auch der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) und die ETH, gehen davon aus, dass der Energieverbrauch bis 2050 rund 20 Prozent zurückgehen, der Stromverbrauch jedoch konstant bleibt oder leicht ansteigen wird. Grund dafür ist ein hoher Grad an Effizienzverbesserungen, v.a. im Gebäudebereich, welcher die Prognose des Verbrauchrückgangs legitimieren. Im Strombereich hingegen können Effizienzmassnahmen einen Mehrbedarf durch Wirtschaftswachstum, Zuwanderung oder Substitution von konventionellen, fossil befeuerten Heizungen durch ökologische, stromunterstützte Systeme, nur teilweise kompensieren. Vor dem Hintergrund, dass die Bundesverfassung den Verantwortungsbereich für die Energieeffizienzmassnahmen im Gebäudebereich in die Hände der Kantone legt, bietet die Energiestrategie zusätzliche Chancen für den Kanton, eine wesentliche Rolle in der Energiewende spielen zu können. Mit dem Energiepaket wurde im Baselbiet bereits eine wichtige Grundlage gelegt, mit welchem die Abkehr von den fossilen Energieträgern vorangetrieben werden soll.

In der kantonalen Stromerzeugung sind die Chancen leider etwas weniger gross. Obwohl die Schweiz als Wasserschloss Europas gilt, lässt sich die Kapazität auf dem kurzen kantonalen Rheinabschnitt und in den kantonalen Bächen nur beschränkt erhöhen. Die Jurahöhen können sich relativ gut als Standort für Windkraftwerke etablieren. In den Bewilligungsverfahren dürfte es jedoch zu einem Balanceakt in der Abwägung verschiedener Interessen von Natur-, Umwelt- und Vogelschutz sowie Lärmemissionen gegen die Vorteile dieses Energieträgers kommen. In der Photovoltaik benötigt es trotz grossen Avancen in der Vergangenheit und bereits guter Wirkungsgrade, noch weitere technologische Fortschritte, um auch an unseren weniger sonnenverwöhnten Standorten ergiebig Strom produzieren zu können. Im nicht-erneuerbaren Bereich bietet sich im Kanton nicht zuletzt eine Chance bei Gas-Kombikraftwerken. Sollte der Bund auf diese Technologie als Übergangslösung setzen, bestehen im Kanton bezüglich Gasleitungen, Wärmeabnahme durch die Industrie sowie CO<sub>2</sub>-Kompensationsmöglichkeiten ideale Bedingungen.



**DR. MARC SCHÜRCH**, The Advisory House  
Vorstandsmitglied der Liga Baselbieter Stromkunden

Die Chancen einer guten Energiestrategie können aber nur erhöht werden, wenn hinter den Massnahmen ein realistisches und konsequentes Finanzierungskonzept steht. Hier kann der Kanton einen Weg beschreiten, welcher oben beschriebenen Chancen Rechnung trägt und in der Schweiz wohl einmalig ist. Das Hauptpotenzial im Baselbiet liegt in den Energieeffizienzmassnahmen, die eine Reduktion fossiler Energieträger bezwecken. Um diese effektiv voranzutreiben, sollte eine Förderabgabe dort ansetzen und im Gegenzug diejenigen Massnahmen fördern, die den Verbrauch fossiler Energieträger reduzieren. Der Verbrauch von Öl und Gas soll demnach mit einer Abgabe belastet und Gebäudesanierungen sollen gefördert werden.

Im Strombereich ist es etwas anders. Da der Stromkonsum nicht per se «schlecht» ist (Stichwort: Ersatz von Ölheizungen durch Wärmepumpen oder Elektromobilität), sollte auch eine Abgabe auf Strom differenziert zum Einsatz kommen. Es gilt, auf Strom aus erneuerbaren Quellen keine Abgaben zu erheben und auch den Stromverbrauch für energieeffiziente Wärmeanlagen von Abgaben zu befreien. Im Gegensatz dazu müsste der Stromverbrauch aus nicht-erneuerbaren Quellen der Abgabe unterstehen.

Der Ansatz ist einmalig. Erstmals gibt es ein Modell, das in der Mittelherkunft nur diejenigen Energieträger belastet, die effektiv reduziert werden sollen, während die Mittelverwendung dort ansetzt, wo das grösste Effizienzpotenzial zu den geringsten Kosten besteht. Das Baselbieter Modell macht hoffentlich auch in weiteren Kantonen Schule.

# DIE GRÜNEN-INITIATIVE: GUTE ABSICHT, FALSCHES INSTRUMENT



ENDE OKTOBER 2011 KAM DIE FORMULIERTE GESETZESINITIATIVE «FÜR SICHEREN UND SAUBEREN STROM – 100% ZUKUNFT OHNE ATOMKRAFT» VON DER GRÜNEN PARTEI BASELSTADT ZUSTANDE.

## DIE INITIATIVE HAT FOLGENDES ANLIEGEN:

Das Energiegesetz vom 4. Februar 1991 wird wie folgt ergänzt:

### §1a Grundsätze der Stromerzeugung

- 1 Auf dem Gebiet des Kantons Basel-Landschaft tätige oder tätig werdende Energieversorger streben im Bereich der Elektrizität an, den Absatz vollständig aus erneuerbaren Energien zu decken.
- 2 Bis im Jahr 2030 stellen die Energieversorger insbesondere durch Beteiligungen und / oder langfristige Lieferverträge sicher, dass mindestens 80% der an die Endkundinnen und Endkunden veräusserten Elektrizität aus erneuerbaren Energien erzeugt wird.
- 3 Die Energieversorger erstellen Mehrjahrespläne zur Erreichung der vorgegebenen Zielsetzungen.

## STELLUNGNAHME DER LIGA BASELBIETER STROMKUNDEN:

Auf den ersten Blick erscheint die Initiative der Grünen zwar als gute Absicht, denn sie will einen Beitrag an die Energiewende leisten. Aber bei genauerer Analyse wird klar, dass die Initiative erhebliche Mängel aufweist. Die Liga Baselbieter Stromkunden lehnt aus folgenden Gründen die Initiative entschieden ab:

1. Die Initiative lässt die bundesrätliche Energiestrategie 2050 ausser Acht. Laut Verfassung ist der Bund in erster Linie für die Rahmenbedingungen der Stromversorgung zuständig.
2. Die Initiative steht der Absicht eines koordinierten Vorgehens in der kantonalen Energiepolitik entgegen.
3. Die Initiative gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) mit Sitz im Kanton Basel-Landschaft im liberalisierten Markt. und suggeriert die Verstaatlichung der Stromversorgung.
4. Die Initiative leistet keinen Beitrag zur Stromeffizienz und macht keine Aussagen zur Höhe des effektiven Stromverbrauchs, da sie den Anteil des Stromabsatzes aus erneuerbaren Energien in Prozent festlegt.
5. Die EVU werden in ihren Möglichkeiten, die Versorgungssicherheit sicherzustellen, eingeschränkt.
6. Statt weiterer Vorgaben sollen die umfassenden freiwilligen Massnahmen wie die Investitionen in die Produktion erneuerbarer Energie der im Kanton ansässigen EVU gestärkt werden.
7. Sowohl die EBL als auch die EBM werden mit ihren Zukunftsstrategien dem Anliegen der Initiative heute bereits gerecht. So können die Stromkundinnen und Stromkunden im Kanton Basel-Landschaft zu 100 % Strom aus erneuerbare Quellen beziehen.
8. Statt der EVU müssen die Endkunden für das Thema erneuerbare Energie sensibilisiert werden. Sie entscheiden im liberalisierten Markt, von wem sie welchen Strommix beziehen.





## ZU DEN ARGUMENTEN:

### 1. Die Initiative lässt die bundesrätliche Energiestrategie 2050 ausser Acht. Laut Verfassung ist aber der Bund in erster Linie für die Rahmenbedingungen der Stromversorgung zuständig

Der Bundesrat hat Ende April 2012 die Öffentlichkeit über das erste Massnahmenpaket für die Energiestrategie 2050 des Bundes informiert. Es sollen zahlreiche Massnahmen im Bereich der erneuerbaren Energien, dem Netzausbau und der Finanzierung umgesetzt werden. Die dafür erforderlichen Verfassungs- und Gesetzes-Anpassungen auf Bundesebene werden derzeit erarbeitet und Ende Sommer 2012 in die Vernehmlassung geschickt. Die Initiative der Grünen übergeht diese Entwicklungen auf Bundesebene.

### 2. Die Initiative steht der Absicht eines koordinierten Vorgehens in der kantonalen Energiepolitik entgegen.

Zusammen mit Experten aus dem Energiebereich, der Wirtschaft und der Verwaltung überprüft die Baselbieter Bau- und Umweltschutzdirektion derzeit die Energiestrategie aus dem Jahr 2008 und definiert sie neu. Noch in diesem Herbst soll sie dem Regierungsrat zum Beschluss vorgelegt werden. Die kantonale Energiestrategie wird den Rahmen der Energiestrategie 2050, die der Bund derzeit erarbeitet, berücksichtigen. Sie soll zudem einen wichtigen Beitrag zum geordneten Ausstieg aus der Kernenergie leisten und somit konkrete Massnahmen zur Umsetzung vorschlagen. Die Initiativvorgaben sind mit diesen Massnahmen nicht koordiniert.

### 3. Die Initiative gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der EVU mit Sitz im Kanton Basel-Landschaft im liberalisierten Markt und suggeriert die Verstaatlichung der Stromversorgung.

Die EVU sind Genossenschaften und unterliegen dem Wettbewerb im freien Markt. Im Hinblick auf die Marktliberalisierung dürfen kantonale Vorgaben an die EVU mit Sitz im Kanton Basel-Landschaft die Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu ihren Mitbewerbern mit Sitz in einem anderen Kanton nicht verschlechtern. Zudem dürfen Massnahmen auf kantonaler Ebene weder der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen noch der geplanten vollständigen Öffnung des Strommarktes entgegenstehen. Die Initiative würde nur die EVU mit Sitz im Baselbiet verpflichten und somit diesen Vorgaben widersprechen. Mit ihren strikten Vorgaben suggeriert die Initiative die Verstaatlichung der Stromversorgung und die Einführung einer Planwirtschaft mit staatlichem Diktat der Rahmenbedingungen.

### 4. Die Initiative leistet keinen Beitrag zur Stromeffizienz und macht keine Aussagen zur Höhe des effektiven Stromverbrauchs, da sie den Anteil des Stromabsatzes aus erneuerbaren Energien in Prozent festlegt.

Der effiziente Einsatz von Strom ist in der bundesrätlichen Energiestrategie 2050 zentral, um den Atomausstieg der Schweiz zu schaffen. Die Initiative verlangt einen Anteil von 80% erneuerbarer Energie im Strommix der einheimischen EVU, unabhängig davon, wie hoch der effektive Stromverbrauch ist. Damit leistet die Initiative keinen Beitrag zum sparsamen Umgang mit Strom.

### 5. Die EVU werden in ihren Möglichkeiten, die Versorgungssicherheit sicherzustellen, eingeschränkt.

Mit den Vorgaben der Initiative besteht bei grossem Strombedarf das Problem, dass die EVU keine Notszenarien entwickeln können, wenn nicht genügend Strom aus erneuerbarer Produktion zur Verfügung steht. Der Strom aus erneuerbaren Energien muss nicht nur auf dem Markt verfügbar, sondern auch bezahlbar sein. Sonst laufen die EVU im liberalisierten Markt Gefahr, dass eine Abwanderung der Kunden an andere EVU (z.B. mit mehrheitlich «grauem» Strom) stattfindet.

### 6. Statt weiterer Vorgaben sollen die umfassenden freiwilligen Massnahmen wie die Investitionen in die Produktion erneuerbarer Energie der im Kanton ansässigen EVU gestärkt werden.

Die Baselbieter EVU investieren mit grossem Engagement in die Produktion erneuerbarer Energie. Erwähnt seien der Windpark in Andalusien, den die EBM im Jahr 2010 für rund 100 Mio. Franken erworben hat, und das Fresnel-Solarkraftwerk der Elektra Baselland (EBL) in Murcia. Die EVU sollten in ihren Bestrebungen der Investition in die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien unterstützt, statt mit weiteren Vorgaben eingeschränkt werden.

### 7. Sowohl die EBL als auch die EBM werden mit ihren Zukunftsstrategien dem Anliegen der Initiative bereits heute gerecht. So können die Stromkundinnen und Stromkunden im Kanton Basel-Landschaft zu 100 % Strom aus erneuerbaren Quellen beziehen.

Die EBL verfolgt mit ihrer «Vision 2020» die Absicht, gegen 30% des Energieabsatzes für Strom und Wärme bis 2020 ausschliesslich aus erneuerbaren Energiequellen zu beziehen. Die EBM verfolgt die Strategie, bis 2050 rund 80% des Stroms aus erneuerbaren Energien zu beziehen.

### 8. Statt der EVU müssen die Endkunden für das Thema erneuerbare Energie sensibilisiert werden. Sie entscheiden im liberalisierten Markt, von wem sie welchen Strommix beziehen.

Im Gutachten des Regierungsrats zur Initiative wird festgehalten, dass «in einem liberalisierten Strommarkt der Entscheid über die Herkunft des Stroms (soweit sich diese überhaupt feststellen lässt) beim Endverbraucher liegt.» Sinnvoller als die Initiative ist deshalb eine Sensibilisierung der Baselbieter Strombezügerinnen und Strombezüger. Denn das Ziel sollte sein, dass Kunden im liberalisierten Markt möglichst bei EVU mit einem hohen Anteil von Stromproduktion aus erneuerbaren Energien bleiben.



**SOLLEN AN DIE IN UNSEREM KANTON ANSÄSSIGEN ELEKTRIZITÄTSVERSORGUNGS-UNTERNEHMEN STÄRKERE VORSCHRIFTEN FÜR DIE INVESTITIONEN IN ERNEUERBARE ENERGIEN ERLASSEN WERDEN?**

**SARAH MARTIN,**  
Landrätin Grüne



**RICHTIG:**

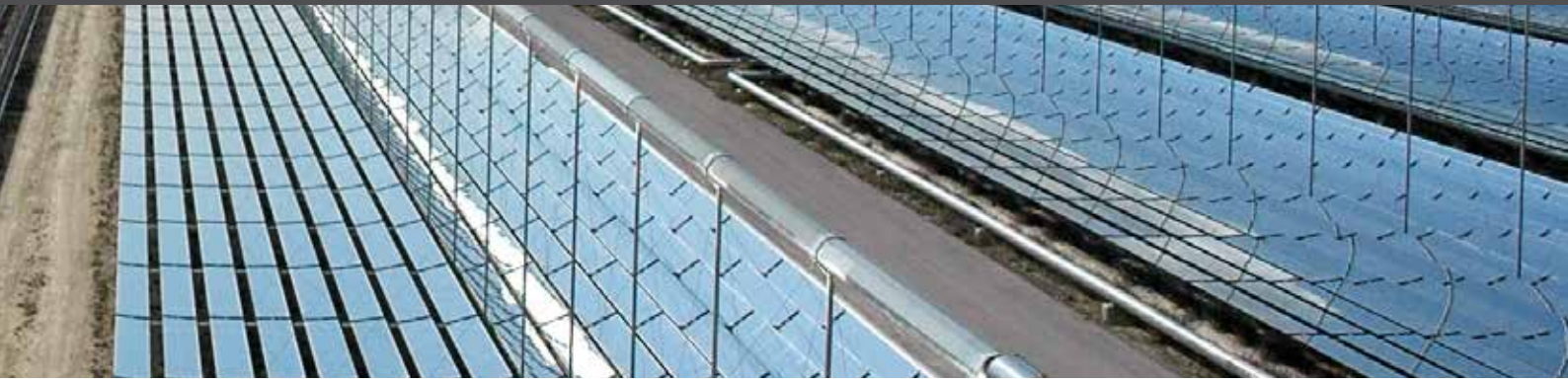
**SARAH MARTIN, LANDRÄTIN GRÜNE**

Der Bundesentscheid zum Atomausstieg stellt das Baselbiet vor eine grosse Herausforderung, denn unser Weg zum Ausstieg ist weiter als für die «Restschweiz» (Anteil Atomstrom BL: ca. 50% / CH: 38 %). Die Gefahr ist gross, dass dieser in Zukunft durch Strom aus fossilen Brennstoffen ersetzt wird. Um dem vorzubeugen, haben die Grünen unter anderem die Volksinitiative für «sicheren und sauberen Strom» lanciert. Diese verlangt, dass bis 2030 von den Energieversorgern durch Beteiligungen und/oder langfristige Lieferverträge mindestens 80% der veräusserten Energie aus erneuerbaren Energien erzeugt wird.

2010 hat die Baselbieter Bevölkerung zudem einem neuen Zweckartikel des Energiegesetzes zugestimmt, welcher (u. a.) «wenn möglich die Ersetzung nicht erneuerbarer durch erneuerbare Energie» verlangt. Es ist nun Aufgabe der Politik, dies umzusetzen.

Während andere Kantone bereits die Vollversorgung mit Erneuerbaren anstreben, stammen im Baselbiet erst 17,2% der verbrauchten Energie aus erneuerbaren Quellen. Dabei sind erneuerbare Energien ökonomisch vorteilhaft. Je nach Kostenentwicklung der konventionellen Energieträger werden sie zwischen 2030 und 2040 zur kostengünstigsten Stromversorgungsoption. Sie schaffen neue Arbeitsplätze und stärken unseren Wirtschaftsstandort.

Grundvoraussetzung für den Umstieg auf Erneuerbare ist, dass der Kanton die optimalen Rahmenbedingungen für deren Nutzung schafft. Vorgaben an die Energieversorger sind ein Puzzlestück in einem grossen Ganzen, welches das Baselbiet in eine erneuerbare Zukunft führen soll.



## FALSCH:

### FELIX KELLER, LANDRAT CVP

Diese Frage suggeriert die Gegenfrage: «Fördern unsere Energieversorgungsunternehmen zu wenig die erneuerbaren Energien?» Seit Jahren und ohne spezielle Vorschriften setzen sich unsere regionalen Energieversorgungsunternehmen (EVU) für einen bewussten Umgang mit der elektrischen Energie ein und fördern gezielt die Gewinnung erneuerbarer Energieträger. Verschiedene Stromprodukte aus erneuerbaren Energien werden schon lange angeboten. Spezielle Energieeffizienz- und Förderprogramme wurden entwickelt und stehen der Bevölkerung zusätzlich zum kantonalen Förderprogramm zur Verfügung. Diese finden bei den Kunden einen grossen Anklang. Erhebliche Investitionen werden bei solarthermischen Kraftwerken z.B. in Spanien und bei Windparkprojekten in Deutschland getätigt. Die EVU haben die Zeichen der Zeit schon längst vor Fukushima erkannt und haben Ihre Strategie in Hinblick auf den geplanten Ausstieg aus der Kernenergie angepasst.

Die Kernaufgabe der EVU ist, die Versorgungs- und Betriebssicherheit zu gewährleisten und der Wirtschaftsregion Basel einen konkurrenzfähigen Strompreis anzubieten. Speziell für Unternehmen mit energieintensiven Prozessen ist der lokale Strompreis ein entscheidender Standortfaktor und somit ein Wettbewerbsvorteil oder -nachteil. Bei Stromengpässen sind alle wirtschaftlichen Aktivitäten, wie Produktion und Forschung, nicht mehr effizient durchführbar.

Einschneidende kantonale Regulatoren können zudem den unternehmerischen Spielraum der ansässigen EVU massiv einschränken. Wichtig ist, dass die Rahmenbedingungen für weitere Investitionen in erneuerbare Energien gegeben und für die EVU attraktiv sind. Weitere Vorschriften können auf politischer Ebene aber jederzeit geprüft werden. Die EVU sind hingegen aufgrund der Wettbewerbssituation innovativ genug, so dass es nicht notwendig ist, die Vorschriften zu verschärfen.



**FELIX KELLER,**  
Landrat CVP und Vorstandsmitglied  
Liga Baselbieter Stromkunden

## LIGA-MEINUNG:

Der Bundesrat hat Ende April 2012 die Öffentlichkeit über das erste Massnahmenpaket für die Energiestrategie 2050 des Bundes informiert. Es sollen zahlreiche Massnahmen im Bereich der erneuerbaren Energien, dem erforderlichen Netzausbau und der Finanzierung umgesetzt werden. Die dafür erforderlichen Verfassungs- und Gesetzes-Anpassungen auf Bundesebene werden derzeit erarbeitet und Ende Sommer 2012 in die Vernehmlassung geschickt. In der Stromanpolitik kommen damit einige Veränderungen und neue Rahmenbedingungen auf die hiesigen EVU zu. Sie müssen sich auf diese, wie auch auf die anstehende Marktliberalisierung, vorbereiten können.

Allfällige kantonale Vorgaben an die EVU mit Sitz im Kanton Basel-Landschaft müssen diese nationalen Entwicklungen mit einbeziehen und dürfen die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen EVU im Vergleich zu ihren Mitbewerbern mit Sitz in einem anderen Kanton nicht tangieren. Gleichzeitig investieren die Baselbieter EVU mit grossem Engagement in die Produktion erneuerbarer Energie. Sie sollten in diesen Bestrebungen unterstützt und ihre Handlungsmöglichkeiten nicht mit neuen Vorgaben eingeschränkt werden.



SOLLEN DIE IN UNSREM KANTON ANSÄSSIGEN ELEKTRIZITÄTSVERSORGUNGS-UNTERNEHMEN IM AUSLAND IN DIE STROM-PRODUKTION INVESTIEREN?

**THEO ZEIER,**  
Direktor Wasserkraftwerk Augst und  
Vorstandsmitglied Liga Baselbieter Stromkunden



**JA, ABER:**

**THEO ZEIER, DIREKTOR WASSERKRAFT-  
WERK AUGST**

Als Direktor des Wasserkraftwerks Augst ist es mir ein grosses Anliegen, dass in die vorhandenen Möglichkeiten der lokalen Stromproduktion investiert wird. Gleichzeitig müssen wir Baselbieter respektive alle Schweizer anerkennen, dass wir keine Strom-Selbstversorger sind. Auch als Verfechter der Wasserkraft muss ich mir die Realität eingestehen, dass alle Wasserkraftwerke am Hochrhein in Deutschland und der Schweiz zusammen nur halb so viel Strom produzieren wie das Kernkraftwerk Leibstadt.

Und viel mehr Potenzial ist am Hochrhein nicht mehr vorhanden. Zusätzlich sind die noch vorhandenen Wasserkraft-Ausbaumöglichkeiten im Baselbiet, wie ein Wasserkraftwerk bei Zwingen, interessenspolitisch äusserst umstritten. Hier stehen Fischer und Naturschützer gegen die Verfechter der Wasserkraft, was die Umsetzung eines solchen Projekts lange verzögern oder sogar verunmöglichen kann. Ein solches lokales Projekt umzusetzen ist deshalb nicht nur zeit- sondern auch kostenintensiv.

Strom soll deshalb dort produziert werden, wo es am sinnvollsten ist. Das heisst für die erneuerbaren Energien, dass Strom aus Windenergie dort produziert wird, wo am meisten Wind weht und genügend Platz vorhanden ist, zum Beispiel an der Nordsee. Aber wir benötigen neben der Wasserkraft auch weitere regelmässig anfallende Energie, sogenannte Bandenergie. Sie stellt die Stromversorgung sicher, wenn die unregelmässig anfallende Stromproduktion aus Sonne und Wind nicht ausreicht.

Können wir diese nicht in der Schweiz herstellen, sind Investitionen in die Stromproduktion im Ausland eine zusätzliche Notwendigkeit.



**SARAH MARTIN,**  
Landrätin Grüne

## JA, ABER:

### SARAH MARTIN, LANDRÄTIN GRÜNE

Die beiden Baselbieter Energieversorgungsunternehmen sind Genossenschaften, d.h. sie gehören den angeschlossenen Gemeinden und LiegenschaftsbesitzerInnen. Deshalb ist es wichtig, bei Investitionen im In- und Ausland das Bedürfnis der Baselbieter Bevölkerung nach einer umweltfreundlichen Stromversorgung zu berücksichtigen. Investitionen in erneuerbare Energien, wie z.B. Windparks im Meer, können im Ausland darum sehr sinnvoll sein, solche in umweltschädigende Grosskraftwerke, wie z.B. Kohlekraftwerke, sind hingegen klar abzulehnen.

Die kantonalen Energieversorger, welche «ihren» Strom hier im Baselbiet verkaufen und von Konzessionen des Kantons profitieren, sind angehalten im Gegenzug auch hier zu investieren. Denn die Nutzung der neuen erneuerbaren Energiequellen schafft lokal Arbeitsplätze und die Wertschöpfung bleibt in der Region. Gerade bei den neuen erneuerbaren Energien (Sonne, Wind und Biomasse) gibt es in der Region ein grosses noch ungenutztes Potenzial. Der Anteil dieser Energien im Baselbieter Strommix beträgt aktuell gerade einmal 3%.

Das Baselbieter Energiegesetz schreibt vor, dass die Abhängigkeit von importierter Energie vermindert werden soll. Mit Atomstrom bzw. dem dafür benötigten Uran besteht heute eine grosse Abhängigkeit vom Ausland – die vermehrte Nutzung der «einheimischen» erneuerbaren Energie aus vielen, kleinen, dezentralen Quellen ist hingegen ein Schritt in Richtung unabhängiger Stromversorgung.

## LIGA MEINUNG:

Das Potenzial für die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien ist im Baselbiet entgegen der verbreiteten Meinung recht klein. Bei der Wasser- und Windkraft können bei entsprechenden Massnahmen je noch etwa 20-30 GWh zusätzlich gewonnen werden. Entgegen den kürzlich gemachten Aussagen der Baselbieter Regierung ist bei der Windkraft in unserem Kanton nicht mehr als dieses Potenzial vorhanden. Bei der Biomasse ist noch ein Potenzial von 10-20 GWh vorhanden. Etwas grösser ist das Potenzial bei der Fotovoltaik, wo bis ins Jahr 2050 bis zu 200 GWh zusätzlich erzeugt werden können. Die sinnvolle Nutzung der Sonne in unserem Kanton ist aber abhängig von der Verbesserung der Technologie und von sinkenden Kosten. All das reicht nicht aus, um das Ziel zu erreichen, bis ins Jahr 2030 40% der Energie (ohne Mobilität) aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen. Importe werden deshalb auch künftig nötig sein. Und die Importe stammen oft aus nicht erneuerbaren Energiequellen. Die hiesigen EVU sind deshalb darauf angewiesen, neben ihren lokalen Investitionen auch in die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien im Ausland investieren zu können. Und zwar dort, wo am meisten Wind weht und die Sonne lange und intensiv scheint, denn dort ist die Produktion bei gleichwertigen Anlagen um ein Vielfaches höher. Jedoch ist der Stromtransport über weite Strecken in Europa eine noch zu lösende Herausforderung. Der im Ausland von unseren EVU produzierte Strom wird zurzeit physisch nicht in die Schweiz transportiert. Die EVU leisten mit ihren Auslandengagements aber einen wichtigen Beitrag an die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien. Mit dieser Stromproduktion kann unser Kanton den Zielen der Energiestrategie um ein Vielfaches näher kommen. Dies allerdings nur, wenn der im Ausland produzierte Strom an den Gesamtverbrauch angerechnet werden darf.

Zusätzlich zu unregelmässig anfallender Energie z.B. aus Wind und Sonne braucht es regelbare Energie. Diese sollte aus wirtschaftlichen und aus ökologischen Gründen möglichst lokal produziert werden. Lokal produzierte Energie aus nicht erneuerbaren Energiequellen (z.B. Gas) kann eigenverantwortlich kontrolliert und geregelt werden. Das CO<sub>2</sub> kann mit kantonalen Massnahmen eigenverantwortlich kompensiert werden. Dies ist ehrlicher, als aus dem Ausland grauen Strom zu importieren und die Augen über die Produktionsweise zu verschliessen.

Während die Investitionen in erneuerbare Energien im Ausland sinnvoll sind und einen wichtigen Beitrag an die Ziele der kantonalen Energiestrategie leisten, sollten Investitionen in nicht erneuerbare Energien möglichst lokal erfolgen.

# ENERGIE-EVENTS UND WEITERE AKTIVITÄTEN DER LIGA BASELBIETER STROMKUNDEN

## ENERGIE-EVENT VOM 21. MAI «WIND-ENERGIE NUTZEN – WO UND WIE?»

Für den Energie-Event vom 21. Mai 2012 war die Liga Gast bei der Elektra Birseck Münchenstein (EBM). Rund 160 Gäste durften der CEO der EBM, Dr. Hans Büttiker, und Landrat Christoph Buser, zu diesem Energie-Event begrüßen. Seit Mai 2010 besitzt die EBM 100 Prozent am Windpark «Parque Eolico Puerto Real I» in Andalusien. Der EBM Group Treasurer und Geschäftsführer des Windparks, Bernhard Furrer, erklärte dem Publikum unter anderem, dass aufgrund der guten Windverhältnisse die Produktion in Südspanien um rund 35% höher ist als in der Schweiz.

Nach dem Beitrag der EBM stellten sich Dr. Marc Schürch, Advisory House, Dr. Oliver Thalmann, Aravis Energy, und Theo Zeier, Direktor des Wasserkraftwerks Augst, den Fragen des Liga-Präsidenten. Oliver Thalmann erklärte, wie eine Auslandsinvestition von statten geht. Dr. Marc Schürch vertrat die Meinung, dass viele Schweizer Elektrizitätsversorgungsunternehmen grundsätzlich an Investitionen in Windkraft interessiert sind. Die Kosten der Windenergie seien in den letzten Jahren gesunken. Theo Zeier betonte, dass neben der unregelmässig anfallenden Windenergie genügend regelmässige Energie z.B. aus Wasserkraft vorhanden sein müsse. Im Anschluss lud die EBM die Gäste ein zu einem Besuch des Elektrizitätsmuseums mit Apéro riche.

Den ausführlichen Text mit den einzelnen Aussagen der Referenten finden Sie unter [www.stromkunden-bl.ch](http://www.stromkunden-bl.ch)

BERNHARD FURRER, EBM



DR. HANS BÜTTIKER, EBM



## ERSTE ORDENTLICHE MITGLIEDERVERSAMMLUNG MIT BESUCH IM KRAFTWERK BIRSELDEN

Am 10. Mai 2012 fand die erste ordentliche Mitgliederversammlung der Liga Baselbieter Stromkunden statt. Gemäss Statuten findet die Mitgliederversammlung alle zwei Jahre statt. Vor Beginn des statuarischen Teils war die Liga zu einer spannenden Führung durch das Kraftwerk Birsfelden eingeladen.

Im statuarischen Teil präsentierte Liga Präsident Christoph Buser den Mitgliedern die Tätigkeitsberichte 2010 und 2011. Sowohl der Tätigkeitsbericht, als auch die Jahresrechnungen



wurden einstimmig genehmigt. Die Mitglieder entschieden zudem, die Jahresbeiträge unverändert zu belassen. Der Vorstand wurde wiedergewählt, und um ein neues Mitglied, Dr. Marc Schürch, Advisory House und beratender Experte der Liga Baselbieter Stromkunden, erweitert. Die Liga dankt dem Kraftwerk Birsfelden herzlich für die interessante Führung und die Gastfreundlichkeit.

## HAUSEIGENTÜMER WOLLEN GRÜNEN STROM – ABER NICHT UM JEDEN PREIS

«Welche Stromversorgung wollen die Baselbieter Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer?» Dieser Frage gingen die Liga Baselbieter Stromkunden und der Hauseigentümerversand Baselland in einer gemeinsam lancierten repräsentativen Umfrage im Baselbiet nach.



v.l.n.r.: DR. MARC SCHÜRCH; LANDRAT CHRISTOPH BUSER; BEAT ANDRIST, EBL; e. Nationalrat HANS RUDOLF GYSIN; DR. HANS BÜTTIKER, EBM; DR. RAINER FÜEG, BORISAT GMBH

Die Ergebnisse wurden am 18. Juni von Studienleiter Dr. Rainer Füg, Borisat GmbH, vor rund 240 Personen im Kongresszentrum Mittenza in MuttENZ präsentiert. Die Experten Dr. Hans Büttiker, CEO der EBM, Beat Andrist, Mitglied der Geschäftsleitung der EBL und Dr. Marc Schürch, Advisory House, stellten sich danach den Fragen von Christoph Buser, Landrat und Präsident der Liga Baselbieter Stromkunden.

Füg erklärte, dass die Baselbieter Hauseigentümer der Versorgungssicherheit die höchste Priorität geben. An zweiter Stelle folgt die umweltgerechte Produktion. Dies überraschte insofern, als ein tiefer Preis und die Auslandsabhängigkeit als weniger wichtig angegeben wurden. Schürch deutete das Resultat als Zeichen, dass die Hauseigentümer grundsätzlich die Energiewende schaffen möchten. Der Versorgungssicherheit komme deshalb in der aktuellen Diskussion eine hohe Bedeutung zu.

Für Andrist war nicht überraschend, dass die Auslandsabhängigkeit erst an 4. Stelle steht. «Die Kundinnen und Kunden wissen, dass die Möglichkeiten in der Region beschränkt sind, und dass es Auslandsinvestitionen braucht. Auch wissen sie, dass die lokalen Energieversorgungsunternehmen EBL und EBM lokal und national in erneuerbare Energien investieren, soweit dies möglich ist.» Büttiker sagte: «Und gleichzeitig investie-



ren wir dort, wo die Wirtschaftlichkeit der Stromproduktion mit erneuerbaren Energien besonders gut ist, also dort, wo viel Wind weht und die Sonne öfter scheint als bei uns.»

Bei den kantonalen Massnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz sprachen sich in der Umfrage nur 5% gegen staatliche Massnahmen aus. Es soll aber in erster Linie auf Subventionen und Steuererleichterungen gesetzt werden. Gesetze und Verordnungen sowie eine staatlich verordnete Strompreiserhöhung lehnen die Hausbesitzer grossmehrheitlich ab. Rund die Hälfte der Antwortenden erwartet vom Kanton, dass er nicht unbesehen alle erneuerbaren Energien fördert, sondern dass deren Wirkungsgrad ein wesentliches Förderkriterium bildet.

Laut Umfrage sind die Hauseigentümer zwar bereit, bis zu 20% mehr für den Strom zu bezahlen. Wie die Diskussion zeigte, reicht dies aber bei Weitem nicht aus, um alle für den Umstieg auf grünen Strom notwendigen Kosten zu decken. Für Buser lautete das Fazit der Diskussion: «Es scheint ein Problem der Wahrnehmung der wahren Kosten bei den Betroffenen zu geben. Man ist zwar offenkundig bereit, auf umweltfreundliche Energie umzusteigen, aber nicht um jeden Preis.»

LANDRAT CHRISTOPH BUSER,  
Liga-Präsident





**LIGA BASELBIETER  
STROMKUNDEN**

*Zukunftsorientierte Energiepolitik*

**LIGA BASELBIETER STROMKUNDEN**  
Haus der Wirtschaft  
Altmarktstrasse 96  
4410 Liestal

Das Stromkunden-Magazin ist eine offizielle  
Publikation der Liga Baselbieter Stromkunden.

© September 2012 Liga Baselbieter Stromkunden.